

# „Die Demokratie ist nicht gefestigt“

Fachtagung in Braunschweig: Niedersachsen soll Schließung der Zentrale für politische Bildung zurücknehmen

Von Henning Noske

**BRAUNSCHWEIG. 1,6 Millionen Euro spart Niedersachsen jährlich durch die Schließung der Landeszentrale für politische Bildung. Der angerichtete Schaden könnte teurer werden, meinen Experten.**

Die Erklärung der Deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft, die gestern in der Neuen Oberschule in Braunschweig verabschiedet wurde, lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Es sei ein Irrtum, dass die Demokratie hierzulande mittlerweile gefestigt sei und daher keine politische Bildung mehr brau-

che. Das Schreiben an Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) wörtlich: „Demokratie muss täglich durch eine Vielfalt von Maßnahmen neu gewonnen werden.“ Diese gelte insbesondere für folgende Themen:

- Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus
- Integration von Einwanderern
- Pflege der demokratischen Kultur
- Aufarbeitung „vielfältiger Fehlverständnisse“ demokratischer Politik in der Bevölkerung und besonders bei Jugendlichen
- Bewältigung der Orientierungslosigkeit vieler Jugendlicher
- Eindämmung der zunehmenden Bereitschaft von Jugendlichen, Gewalt anzuwenden

□ Bewältigung der tiefgreifenden Herausforderungen der Globalisierung einerseits und der Individualisierung der Lebensverhältnisse andererseits

□ Vertiefung des europäischen Gedankens.

2003 erreichte die Landeszentrale für politische Bildung nach Angaben ihres Direktors Heinz Wunderlich mit 195 Veranstaltungen 25 000 Teilnehmer. Das Jugendtheater gegen Rechtsextremismus habe 15 000 Schüler erreicht. Verteilt werden Publikationen, aktuell etwa zur Landesgeschichte und zur Regionalentwicklung.

Die Sektion Politische Bildung und Politische Wissenschaft der

Vereinigung wird von Professor Dr. Gerhard Himmelmann (TU Braunschweig), Professor Dr. Dirk Lange (Uni Oldenburg) und Stefan Rappenglück (Uni München) vertreten.

In Braunschweig ging es gestern unter anderem um die Fragen, wie demokratisches Bewusstsein entsteht und wie Demokratie von Kindern und Jugendlichen gelernt und gelebt werden kann. „Ein ungemein aktueller Ansatz“, sagt Himmelmann. Durch die Schließung der Landeszentrale habe das Thema zusätzliche Aktualität und Brisanz erhalten. Himmelmann: „In Europa geht der Trend genau in die entgegengesetzte Richtung. Es muss mehr und nicht weniger getan werden.“